

Porträt der Woche

Präsident des Landtags

Ulrich Schmidt will Neuregelung der Abgeordnetendiäten anpacken

Von
Roland Kirbach

Gemessen daran, dass er als Landtagspräsident der ranghöchste Politiker des Landes ist, wenigstens dem Protokoll nach, wohnt Ulrich Schmidt fast schon bescheiden: In der oberen Etage eines zweistöckigen Stadthauses aus den zwanziger Jahren im Zentrum von Wetter an der Ruhr. Zur Miete wohnt er da, zusammen mit seiner Frau. Kinder haben die Schmidts nicht – für wen also Eigentum anschaffen? So könnten sie jederzeit woanders hinziehen, wenn es ihnen nicht mehr gefalle, sagt Ulrich Schmidt. Was wohl eher unwahrscheinlich ist, immerhin wohnen die beiden schon 25 Jahre in dem Haus.

Viel zu verwurzelt ist Ulrich Schmidt in seinem Sprengel, um einfach seine Sachen zu packen. In Volmarstein, heute einer von vier Stadtteilen Wetters, ist er aufgewachsen. Dort trat er 1964 mit 22 Jahren der SPD bei, dort war er Juso-Vorsitzender, und dort ist er noch immer – seit 1969 – SPD-Ortsvereinsvorsitzender. Fast genauso lange, seit 1970, gehört er dem Rat der Stadt Wetter an: von 1975 bis 1995 war er gar ihr Bürgermeister. Ebenfalls seit 1975 vertritt er den Wahlkreis Ennepe-Ruhr II, zu dem Wetter gehört, im Landtag. Ein Leben voller Kontinuitäten also, dem sich nun eine weitere hinzugesellt: Auch in der neuen Legislaturperiode bekleidet der 58-Jährige das Amt des Landtagspräsidenten, das er schon von 1995 an innehatte.

Dass seine Partei als stärkste Fraktion erneut ihn nominierte, hat weniger mit Wohnrechtsrecht als vielmehr mit Schmidts ausgleichender Art zu tun, die ihn für dieses Amt prädestiniert. Der Parlamentsbetrieb ist – darin ein Spiegel der Gesellschaft – sehr viel individualistischer geworden als etwa noch zu Zeiten des alten Ständehauses, wo die Abgeordneten einander ständig über den Weg liefen, schon weil nur wenige das Privileg eines eigenen Büros besaßen. Schmidt versteht sich daher auch als eine Art Mentor, an den sich die Abgeordneten mit ihren Problemen wenden können. Das gilt genauso für die 320 Bediensteten der Landtagsverwaltung, deren Chef der Präsident zugleich ist. In der Öffentlichkeit wird indes vor allem die repräsentative Rolle des Landtagspräsidenten wahrgenommen. Alljährlich empfängt er zahlreiche Besucherdelegationen aus aller Welt, darunter in den vergangenen Jahren zunehmend Politiker aus den jungen Demokratien Osteuropas und Afrikas, die sich im größten und wichtigsten deutschen Bundesland über Föderalismus informieren wollen.

Dass er einmal eine solche staatstragende Funktion ausfüllen werde, sei ihm nicht in die Wiege gelegt worden, sagt Schmidt. Er ist 1942 geboren, seinen Vater, der in Stalingrad fiel, hat er nie gesehen. Die Mutter musste ihn und seinen Bruder allein großziehen. Gern hätte Schmidt Abitur gemacht und studiert, doch das war aus finanziellen Gründen nicht möglich. Mit 14 begann er stattdessen eine kaufmännische Lehre bei Hoesch in Dortmund.

Nach dem Ende der Ausbildung wurde er ein Opfer der ersten großen Stahlkrise; wie alle Lehrlinge wurde er nicht übernommen. Doch bot man ihm kurz darauf eine Stelle in der Betriebskrankenkasse an, wo er es bis zum Gruppenleiter und Referenten für Grundsatzfragen brachte. Anfangen hat er jedoch zunächst in der Schalterhalle. Wie der Lohn wurden auch das Kranken- oder das Sterbegeld damals noch bar ausbezahlt. In den Gesprächen am Schalter erfuhr Schmidt viel von den Sorgen und Nöten der kleinen Leute. Diese Zeit legte mit den Grundstein für Schmidts späteres Engagement als Sozialpolitiker. Sensibilisiert für die Probleme Schwacher und Benachteiligter hat ihn auch der Umgang mit den Körperbehinderten aus der Evangelischen Stiftung Volmarstein, mit denen er schon als Kind im Sandkasten gespielt habe.

Heute gehört Schmidt dem Aufsichtsrat dieser Stiftung an – nur eine von vielen Aktivitäten, die Schmidts soziales Engagement belegen. So ist er beispielsweise Landesvorsitzender der Lebenshilfe e.V. und gehört dem Vorstand des Diakonischen Werks NRW an. Im Landtag prägte er 20 Jahre lang die Politik im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit. Zeitweilig saß er auch dem gleichnamigen SPD-Arbeitskreis vor.

Dass im Zweifel jedoch wirtschaftliches Kalkül vor soziale Erwägungen geht, hat Schmidt schmerzhaft in seinem Wahlkreis erfahren müssen. Die Stilllegung der Hattinger Henrichshütte, für deren Erhalt „wir uns die Sohlen durchdemonstriert haben“, oder der vergebliche Kampf um den Erhalt der Firma Mönninghoff und diverser Bergbauzulieferer machten die Grenzen politischer Einflussnahme deutlich. Als Schmidt Landtagsabgeordneter wurde, arbeiteten auf der Henrichshütte noch über 10000 Menschen. Zwar konnte er mithelfen, neue Unternehmen auf dem Areal anzusiedeln, wie er auch bei der Gründung der Privatuni Witten-Herdecke eine wichtige Rolle spielte. Einen Ersatz für die verloren gegangenen Massenarbeitsplätze der Montan-



Ulrich Schmidt

industrie indes können die neuen Jobs nicht bieten.

Während vielerorts im Ruhrgebiet der Strukturwandel jedoch auch mit einem Verlust der Bindungskraft der SPD einhergeht, genießt sie in Schmidts Wahlkreis nahezu ungebrochenes Vertrauen. Bei der Wahl im Mai gewann Schmidt erneut das Direktmandat; mit 52,5 Prozent lag sein Ergebnis nur unwesentlich unter dem der vorherigen Wahl – sicher mit ein Beleg dafür, dass er, der sich selbst als „traditionalistischen Sozialdemokraten“ bezeichnet, auch als Landtagspräsident den Kontakt zu den Menschen vor Ort nicht verloren hat.

In der neuen Legislaturperiode stellt sich Schmidt darauf ein, dass es im Landtagspräsidium nun etwas „bunter“ zugehen wird. Mit dem Wiedereinzug der FDP hat er nicht nur einen Stellvertreter mehr als bisher – überdies tauschten CDU und GRÜNE die von ihnen gestellten Vizepräsidenten aus.

Zu den Vorhaben, die Schmidt in der neuen Amtsperiode anpacken will, zählt eine Anhebung und Neuregelung der Abgeordnetendiäten – ein in der Öffentlichkeit eher unpopuläres Thema, nach Schmidts Ansicht aber unumgänglich. Die Bezüge der nordrhein-westfälischen Parlamentarier bewegten sich im bundesweiten Vergleich „im unteren Drittel“. Damit seien gute Leute „nicht hinter dem Ofen hervorzulocken“. Das Thema sei daher auch eine Frage der Qualität der parlamentarischen Arbeit. Sie zu verbessern, ist Schmidt ein wichtiges Anliegen. Die „ritualisierten Beschimpfungen“ im Plenum zum Beispiel, die nichts mit argumentativen Schlagabtauschen zu tun hätten, möchte er gerne eindämmen.

Ein gutes und selbstbewusstes Landesparlament ist für Schmidt kein Selbstzweck, sondern notwendig, um der Verlagerung von immer mehr Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund und die EU zu begegnen. Ganz abgesehen davon, dass der Landtag als „erste Gewalt im Land“ seine Interessen auch wirkungsvoll gegenüber der Regierung zu vertreten habe.